



Fachkonferenz: Arbeitswelt im Wandel - Wie wollen wir leben?

Diskutiert wird vor allem auch in der LINKEN der Stellenwert von Erwerbsarbeit und die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen durch Informations- und Kommunikationstechnologien, des zunehmenden Drucks der Kapitalverwertung unter den Bedingungen der Globalisierung und des Finanzmarktkapitalismus sowie demografischer Veränderungen.

Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Armut trotz Arbeit ist keine Ausnahmerecheinung. Zunehmend macht Erwerbsarbeit krank. Mehr denn je ist eine Produktions- und Lebensweise notwendig, die nicht mehr von der Wachstumsideologie SCHNELLER-HÖHER-WEITER geprägt ist, den Menschen Zeit zum Menschsein lässt, sowie den Raubbau an der Natur und die Zerstörung der Lebensgrundlagen beendet.

Die Linksfraktion lädt herzlich ein zu einer Fachkonferenz „Arbeitswelt im Wandel – Wie wollen wir leben?“.

Sie findet am Freitag, 12. April, 10.30 Uhr im Thüringer Landtag statt.

Es geht um Schlussfolgerungen für LINKE Politik in Thüringen. Welche Potentiale bieten die Debatten um Gemeingüter und der sozial-ökologische Umbau für GUTE Arbeit? Wie sollte ein Landesarbeitsmarktprogramm der LINKEN in Thüringen aussehen und welche Perspektiven eröffnet hierfür unser Projekt des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors? ■

Düstere Agenda-Bilanz



Am 14. März jährte sich zum zehnten Mal die Verkündung der Agenda 2010 durch den damaligen Bundeskanzler Schröder. „Die Agendapolitik hat die Gesellschaft tief gespalten und Millionen Menschen ungezähmtem Wettbewerb und massivem Leistungsdruck ausgesetzt. Sie hat dazu geführt, dass sich Arbeits-, Einkommens- und Lebenssituationen eines großen Teils der Bevölkerung massiv verschlechterten“, unterstreicht Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Mit dem Mantra der Wettbewerbsfähigkeit wurden Flexibilisierung und Deregulierung vorangetrieben. "Ab der Agenda 2010 galt das Prinzip: Arbeit, egal zu welchem Lohn und zu welchen Bedingungen", erinnert Ramelow.

Im Ergebnis sieht die Bilanz auch in Thüringen düster aus. "Zu den Auswirkungen der Agenda-Politik gehört, dass 35 Prozent aller Thüringer Beschäftigungsverhältnisse prekär und ein Drittel der Jobs im Niedriglohnssektor angesiedelt sind. Das ist die sozialpolitische Bilanz von SPD und Grünen, CDU und FDP in den vergangenen zehn Jahren", kritisiert der LINKE-Fraktionschef Ramelow.

Letztlich führten Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung auch zu einer massenhaften Abwanderung junger, gut ausgebildeter Thüringer. Noch heute gibt es im Freistaat Tausende Menschen, die mit Niedriglöhnen abgespeist werden, bei Frauen sind es sogar 43, bei Frisörinnen 85 Prozent. Besonders geringe Bezahlung gibt es im Dienstleistungssektor und in der Sozialwirtschaft.

"Die Agenda-Politik war ein unverhohlener Angriff auf die Löhne", konstatiert auch Ina Leukefeld, Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion. Sie erinnert zudem daran, dass mehr als 40 Prozent der Hartz-IV-Bezieher Aufstocker sind.

"Wenn die Reallöhne sinken, immer mehr Menschen zu Niedrigstlöhnen arbeiten und am Ende des Erwerbslebens die Rente nicht zum Leben reichen wird, dann ist es höchste Zeit, ein Stopp-Zeichen zu setzen und umzusteuern", so die LINKE-Abgeordnete. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gesicherte Beschäftigungsverhältnisse und eine sanktionsfreie bedarfsorientierte Mindestsicherung seien nur einige Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden müssten. ■

Sitzungssaal der Linksfraktion wird nach Käte Duncker benannt

Die LINKE hat der Landtagspräsidentin vorgeschlagen, den Sitzungssaal der Fraktion nach Käte Duncker benennen zu lassen. Käte Duncker wurde 1920 in den Thüringer Landtag gewählt und war eine der ersten Frauen im Thüringer Parlament. „Ich freue mich, dass die Fraktion beschlossen hat, den Antrag mit dieser Namensnennung beim Landtag einzureichen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow.

„Wir wollen damit nicht nur eine der ersten weiblichen Abgeordneten im Thüringer Landtag ehren lassen, sondern entscheiden uns auch für eine Frau, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine profilierte Kämpferin für Frauenrechte gewesen ist.“



Käte Duncker stritt sowohl für die berufliche und politische Besserstellung von Frauen als auch für den sozialen und kulturellen Fortschritt. Sie schrieb in der sozialistischen Frauen-

zeitschrift „Gleichheit“ und trat bei zahlreichen Frauenkonferenzen als Rednerin auf. Zusammen mit Clara Zetkin unterstützte sie 1910 auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen den Beschluss zum Internationalen Frauentag. Im Zuge ihres Engagements musste sie jedoch auch mit Repressionen leben. So erhielt sie bereits im Mai 1916 Rede- und Versammlungsverbot, ließ sich aber nicht von ihren politischen Vorstellungen und Über-

zeugungen abbringen. Nachdem ihr Mann verhaftet worden war, suchte sie 1936 für zwei Jahre Schutz im thüringischen Friedrichroda, wo sie in den 1880er Jahren die Schule besucht hatte. Von dort emigrierte sie 1938 nach Amerika, um nach dem Krieg nach Bernau in Brandenburg zurückzukehren.

„Käte Duncker gilt uns als eine Frau, die für ihre Überzeugungen kämpfte, litt und dennoch nicht müde wurde, für eine bessere Welt einzustehen. Dabei hatte sie immer auch das Ziel, die Situation zu verbessern. Auch im beginnenden 21. Jahrhundert ist es unser politischer Auftrag, Benachteiligungen von Frauen, Ungleichheiten und fehlende Chancen in der Gesellschaft anzuprangern und für eine gerechtere Welt zu streiten“, betonte Bodo Ramelow. ■